

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Damian Lohr (AfD)
– Drucksache 17/704 –

Förderung von Extremisten beim Kampf gegen Extremismus in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/704** – vom 11. August 2016 hat folgenden Wortlaut:

In einer Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport (Drucksache 17/371) steht: „Die Förderung von Projekten (gegen Extremismus), die von Extremisten oder extremistischen Personenzusammenschlüssen beantragt und/oder durchgeführt werden, wäre kontraproduktiv und verbietet sich.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung bekannt, ob aktuell oder in der Vergangenheit Vereine/Projekte gefördert wurden mit Beteiligung von Personen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden?
2. Kann die Landesregierung ausschließen, dass in den geförderten Vereinen/Projekten Personen aus dem linksextremen/rechts-extremen Milieu mitwirken? Welche Präventionsmaßnahmen bestehen, um dies ausschließen zu können?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. September 2016 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Nein.

Die Landesregierung kann nicht ausschließen, dass in geförderten Vereinen oder Projekten Personen mitwirken, bei denen Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen vorliegen. Insoweit wäre zumindest die Kenntnis aller personenbezogenen Daten der Vereins- und Projektmitglieder sowie der sonstigen Mitwirkenden erforderlich.

Dies wäre aus rechtsstaatlichen Gründen unzulässig und nach Auffassung der Landesregierung auch untunlich.

In Vertretung:
Randolf Stich
Staatssekretär